

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 48 (1968-1969)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

ENTSPANNUNG IM WESTEN — SPANNUNG IM OSTEN

Die erste Hälfte des Jahres 1968 war charakterisiert durch eine steigende *Unrast in ganz Europa*. Zum ersten Male seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ging so etwas wie ein Gefühl der Gemeinsamkeit durch die westliche und östliche Hälfte des alten Kontinentes. Es war freilich weniger ein Gefühl der Notwendigkeit zu gemeinsamer Zusammenarbeit, als ein Gefühl der Ablehnung des Bestehenden, entstanden aus einer Art Frustration (um einen geläufigen Modeausdruck zu verwenden) und getragen vor allem von der Jugend. Es rebellierten die Studenten sowohl in Warschau und Prag wie in Berlin und Paris, wenn auch überall aus verschiedenen Motiven und mit unterschiedlichem Erfolg. In Deutschland sanken die Unruhen nach den Osterkrawallen und den Protesten gegen die Notstandsgesetzgebung in sich zusammen. In Warschau wurden sie mit mehr oder minder brutaler Anwendung von Gewalt unterdrückt. In Prag hingegen führte die Unrast zu einem Wechsel an der Spitze der Parteiarchie, und auch im gaullistischen Frankreich haben die Mai-Ereignisse zumindest äusserlich zu einem Wandel geführt. Während in der Tschechoslowakei die Situation jedoch nach wie vor gespannt bleibt, zeichnete sich in Frankreich eine spürbare Beruhigung ab.

De Gaulles Triumph

Die Taktik des französischen Präsidenten hat sich, kurzfristig gesehen, als voller Erfolg erwiesen. Als die Unruhen ihren Höhepunkt erreicht hatten, richtete er einen Appell an die Nation und rief sie auf, sich um ihn zu scharen. Als Mittel dafür verwendete er nicht, wie er ursprünglich wollte, ein Plebisit, sondern *Wahlen*

zur Nationalversammlung. De Gaulle spekulierte darauf, dass der französische Bürger, wie schon oft in der Geschichte, in einer Epoche der Unruhe und der Zerrissenheit in die Geborgenheit der staatlichen Autorität flüchten werde. Den revoltierenden Jugendlichen und Arbeitern versprach er «Mitbestimmung», der ganzen Nation Ordnung und Sicherheit. Die bewährte Alternative, Frankreich habe zu wählen zwischen *de Gaulle und dem Chaos*, zeigte erneut ihre Zugkraft. Schon die Resultate des ersten Wahlganges ließen es zur Gewissheit werden, dass die Mai-Ereignisse nicht der Linken, sondern de Gaulle zugute gekommen waren. Ein *Erdrutsch* zeichnete sich ab, wie ihn selbst die grössten Optimisten im Lager des Generals nicht erwartet hatten. Der zweite Wahlgang vom 30. Juni brachte den Gaullisten dann schliesslich den Triumph. Zusammen mit ihren um *Giscard d'Estaing* gescharten Mitläufern eroberten sie mehr als zwei Drittel der Parlamentsmandate. Eine solche Mammutfraktion hat es seit Menschen gedenken im Palais Bourbon nicht mehr gegeben: das war die Antwort der Nation auf die Herausforderung durch die Unruhestifter vom Mai.

Wechsel im Kabinett

Unmittelbar nach den Wahlen hat de Gaulle auch das Versprechen eingelöst, er werde dem Land eine neue Regierung geben. Er entliess den langjährigen Premierminister *Georges Pompidou* und ersetzte ihn durch *Maurice Couve de Murville*, einen der treuesten Paladine des Generals. Der Wechsel an der Regierungsspitze hat Anlass zu manchen Spekulationen gegeben. Ist Pompidou in Ungnade gefallen? Hat er

auf dem Höhepunkt der Krise dem Präsidenten tatsächlich den Rat gegeben, sich zurückzuziehen und sich damit den Unwillen des Mannes im Elysée zugezogen? Oder wird Pompidou nur aus der ersten Linie herausgenommen, um ihn für spätere, grössere Aufgaben — etwa die Nachfolge de Gaulles — in Reserve zu halten? Alles Fragen, auf die es heute noch keine schlüssige Antwort gibt.

Eines jedoch haben die Mai-Ereignisse mit eindrücklicher Deutlichkeit gezeigt — de Gaulles Position ist nicht unerschütterlich. Der Präsident hat zwar mit unleugbarem Geschick und dem ihm eigenen Fingerspitzengefühl die schwierige Situation gemeistert. Aber die Mai-Tage mit ihrem raschen und sichtbaren Zerfall der staatlichen Autorität werden nicht so schnell vergessen werden. Daran ändern auch die imposanten Wahlergebnisse nichts. De Gaulles überwältigende Mehrheit in der Nationalversammlung beruht nicht zuletzt auf dem *raffinierten Wahlsystem*, das einer grossen Partei von vornherein ein drückendes Übergewicht zusichert. Auch bei diesen Wahlen haben die Gaullisten stimmenmässig nicht die absolute Mehrheit, sondern wiederum nur jene 44 Prozent erreicht, die de Gaulle im ersten Wahlgang der Präsidentenwahlen vom Dezember 1965 auf sich vereinigt hat. Die Nation bleibt nach wie vor in zwei ungefähr gleich grosse Hälften gespalten. Auch wenn de Gaulle von der Zerrissenheit und Uneinigkeit seiner Gegner profitiert, so sollten doch die Mai-Ereignisse eine Mahnung sein, dass autoritäre Regime nicht auf die Spitze zu treiben. Man weiss, wie souverän der General meist über die Volksmeinung hinwegzugehen pflegt. Das drohende Chaos hat viele *Zweifler*, die sich schon vom Präsidenten abgewandt hatten, wieder in sein Lager getrieben. Das bedeutet jedoch nicht, dass der gaullistische Staat, der weitgehend von der starken Hand des Generals getragen wird, nicht reformbedürftig sei. Daran hat auch der Wahlsieg vom 23./30.Juni nichts geändert. Die Probleme, die Anlass zu den Unruhen waren, bestehen weiter.

Moskaus Druck auf Prag

Während in Frankreich zumindest vorübergehend eine Entspannung sichtbar wird, hat sich im mittleren Osteuropa die Situation weiter zugespitzt. Der *Reform-eifer* der neuen tschechoslowakischen Führung, die im Frühjahr die alte stalinistische Garde in Prag abgelöst hatte, hat nicht nachgelassen. Moskaus Langmut ist damit auf eine harte Probe gestellt worden. Von allem Anfang an hat der Kreml mit Deutlichkeit zu verstehen gegeben, dass seiner Auffassung nach der «progressiven» Entwicklung im kommunistischen Machtbereich gewisse Grenzen gesetzt sind. Allerdings ist die Toleranzmarge im vergangenen Jahrzehnt grösser geworden. Die Sowjetunion reagiert nicht mehr sofort mit brutaler Gewalt wie im Herbst 1956 in Ungarn (wobei freilich zu bemerken ist, dass die «Reformer» in Prag es bisher tunlichst vermieden haben, die Russen so direkt herauszufordern, wie es Imre Nagy 1956 tat). In den letzten Wochen ist jedoch der Druck Moskaus auf Prag merklich gestiegen. Als *Pressionsmittel* verwendeten die Sowjets die *Stabsmanöver* des Warschauer Paktes, die ihnen Gelegenheit boten, grössere Truppeneinheiten nach der Tschechoslowakei zu verlegen. Gleichzeitig wurde der *Nervenkrieg* gegen Prag intensiviert. Letzter Höhepunkt war der «Prawda»-Artikel vom 10.Juli, in welchem in unmissverständlicher Weise die gegenwärtige Situation in Prag mit jener in Budapest von 1956 verglichen wurde. Das kommunistische Fundament der Tschechoslowakei werde untergraben, schrieb das sowjetische Parteiblatt, und die «konterrevolutionären Kräfte» stünden in Verbindung mit der «imperialistischen Reaktion». Am 13.Juli schliesslich trat in Warschau eine *Gipfelkonferenz* des Ostblocks zusammen, um die Tschechoslowakei zur Ordnung zu rufen.

Die neue Führung in Prag hat sich bisher durch den massiven Druck nicht einschüchtern lassen. Sie hat ihr Reformprogramm fortgesetzt, und sie hat sogar erreicht, dass die sowjetischen Truppen —

wenn auch erst beträchtliche Zeit nach Abschluss der Manöver und mit ostentativer Langsamkeit — den *Rückmarsch* aus dem Lande eingeleitet haben. Gleichgültig wie das Ringen um die Tschechoslowakei schliesslich ausgehen wird, so hat die Entwicklung in den vergangenen Monaten doch gezeigt, dass die Desintegrationsbewegung innerhalb des Ostblocks reissende Fortschritte gemacht hat. Die Teilnehmerliste der Gipfeltreffen des Ostblocks schmilzt von Mal zu Mal zusammen. In Warschau waren weder die Tschechoslowakei noch Rumänien oder Jugoslawien anwesend. Osteuropa splittert sich immer mehr auf — man wagt bald nicht mehr, den Begriff «Block» auf den kommunistischen Staatenbereich anzuwenden. Die Sowjetunion hat die grösste Mühe, ihre Autorität bei den kleineren osteuropäischen Staaten durchzusetzen. Die *Aufweichung Osteuropas* schafft zweifellos Voraussetzungen für neue politische Entwicklungen, deren Perspektiven sich heute noch nicht übersehen lassen.

Sowjetisch-amerikanische Kooperation

Diese Lockerung der internationalen Bündnisse, wie sie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden sind, als die Kriegsallianz auseinanderbrach, hat auch die westliche Supermacht, die Vereinigten Staaten von Amerika, vor neue Probleme gestellt. Auch im Westen sind ja ähnliche Desintegrationstendenzen aufgetreten wie im Osten. Die USA, deren aussenpolitische Wirksamkeit heute zum grossen Teil durch den *Konflikt in Vietnam* absorbiert ist, drängt deshalb seit Jahren immer stärker auf bilaterale Arrangements mit Moskau. In den letzten Wochen ist ein wichtiges konkretes Ergebnis dieser Bemühungen erreicht worden: in Washington, London

und Moskau ist am 1. Juli der *Atomsperrvertrag* unterzeichnet worden. Das Abkommen, seit dem Teststoppvertrag von 1963 das wichtigste greifbare Resultat amerikanisch-sowjetischer Kooperation, tritt jedoch in seiner Bedeutung zurück hinter die gleichzeitig von Präsident Johnson und Ministerpräsident Kossygin angekündigte Aufnahme von Gesprächen über eine *Begrenzung der Nuklearrüstung*, und zwar sowohl der defensiven wie der offensiven Kernwaffen. Damit soll einer Forderung, die im Atomsperrvertrag — wenn auch nur in der Form unverbindlicher *Absichtserklärungen* — niedergelegt ist, Nachachtung verschafft werden. Die mühseligen Verhandlungen um ein Abkommen über die Nonproliferation, die sich seit 1961 hinziehen, lassen vermuten, dass ebenfalls Jahre verstrecken werden, bis die beiden Supermächte hier zu greifbaren Ergebnissen gelangen. Denn bei den nun angekündigten Gesprächen, die, unabhängig von der Genfer Abrüstungskonferenz, auf *bilateraler Ebene* in Washington und Moskau geführt werden sollen, handelt es sich um Abrüstungsmassnahmen, die direkt die beiden Grossen betreffen, und nicht, wie beim Atomsperrvertrag, um Rüstungsbeschränkungen, die nur auf Kosten der Kleinen und relativ Nichtgerüsteten gehen. Selbst der grösste Optimist wird kaum annehmen, dass auf dem Gebiete der Begrenzung der atomaren Rüstungen bald konkrete Resultate erzielt werden. Immerhin ist nun wenigstens ein *erster Schritt* getan worden. Wenn der Atomsperrvertrag, der gerade für die kleinen, aber industriell entwickelten Nationen nur mit *schweren Bedenken* akzeptierbar ist, als Initialzündung für wirksame und kontrollierte Abrüstungsmassnahmen werden sollte, so hat er zweifellos einen wichtigen Zweck erfüllt.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Strassenschlachten in der Schweiz

In der letzten Nummer dieser Zeitschrift stellte der innenpolitische Chronist unter dem Stichwort «Schlechter Boden für Agitatoren» fest, dass die Schweiz anscheinend einmal mehr zum Sonderfall werde: Die Studenten seien zwar auch hierzulande unruhig und ihre Unruhe ziehe immer weitere Kreise; doch ihre Demonstrationen vollzögen sich in geordneten Bahnen; die andernorts grassierenden Theorien der Gewalt seien am politischen Realismus der überwältigenden Mehrheit unserer akademischen Jugend weitgehend wirkungslos abgeprallt.

Das letzte Juniwochenende strafte diesen Optimismus wenigstens teilweise Lügen. Die Bahnhofbrücke in Zürich wurde in der Nacht vom 29. auf den 30. Juni zum Schauplatz einer eigentlichen Strassenschlacht, wie man sie in unserem Lande seit den dreissiger Jahren nicht mehr erlebt hat. Und in den beiden folgenden Nächten war die Limmatstadt nochmals von Radau erfüllt. Dutzende von verletzten Demonstranten und Polizisten und der Tod eines Kindes, das wegen des Verkehrszusammenbruchs nicht auf dem kürzesten Weg ins Spital verbracht werden konnte — das ist das äusserliche Fazit eines Vorgangs, dessen Deutung noch viel zu reden und zu schreiben geben wird.

Keine Studentenunruhen

Verschiedenste Elemente mögen dazu beigetragen haben, dass es auch in der Schweiz so weit gekommen ist: die Faszination der ausländischen «Vorbilder», die systematische Schürung jugendlicher Unlustgefühle durch progressive Idealisten und Agitatoren, ein gewisses Malaise um die Zürcher Stadtpolizei und dazu eine gute Portion naiven Übermuts und primitiver Abenteuerlust mancher «Demonstranten», die einfach dem Lärm der Megaphone nach-

liefen und sich unversehens mit in den Strudel auflodernder Leidenschaften gezogen sahen.

Eines aber muss mit aller Deutlichkeit hervorgehoben werden: *Die «Zürcher Wirren» waren keine Studentenunruhen*. Es war keine Rede von gewaltsamen Besetzungen an den Hochschulen, von denen sich dann der Aufruhr weiter ausgedehnt hätte, wie dies in Frankreich der Fall gewesen ist; und es waren darüber hinaus nur ganz wenige studentische Aussenseiter unter der randalierenden Menge beim Zürcher Hauptbahnhof. Die offiziellen Organe der Studentenschaft distanzierten sich denn auch sofort von den Ausschreitungen und riefen zur Besinnung auf. Dazu bildeten sich spontan studentische Komitees mit dem Zwecke, die Öffentlichkeit darüber ins Bild zu setzen, dass die akademische Jugend, von einigen wenigen Nachahmern ausländischer Studentenrevolutionäre abgesehen, nichts von undemokratischen Methoden wissen will.

Das ist ein Sachverhalt, der gar nicht genug unterstrichen werden kann. In den letzten Monaten hat sich in weiten Kreisen der Öffentlichkeit wachsende Skepsis gegenüber unseren Hochschulen breitmacht, wobei die Vorgänge in Deutschland und Frankreich immer mehr auch auf das «Image» der schweizerischen Studenten abfärbten. Nach den Ereignissen in Zürich aber wird man gerechterweise feststellen müssen, dass eben diese Studenten im entscheidenden Augenblick Disziplin und kühlen Kopf bewahrten. Darum wäre es ungerecht, wollte man jetzt einer Art von Gegenbewegung Raum geben, die sich bereits da und dort bemerkbar gemacht hat und die auf die Tonlage abgestimmt ist, es sei nun an der Zeit, die «Unruhestifter» auf der ganzen Linie in die Schranken zu weisen.

Die Unruhe an unseren Hochschulen — dies darf das Schweizervolk nicht verennen — hat ihre objektiven Ursachen. Nichts wäre verfehlter als die Tendenz, die Über-

marchungen der Demonstranten zum Anlass zu nehmen, die Reformdiskussion um unsere Hochschulen zu sistieren. Die Strukturprobleme des schweizerischen Universitätswesens sind eine Realität. Sie müssen so rasch und so umfassend als möglich angegangen werden. Das liegt im öffentlichen Gesamtinteresse.

Die Verantwortung der Presse

Einige Tage nach den Ausschreitungen versammelte sich der Zürcher Presseverein zu einer Standortbestimmung. Neben der Frage, ob die Journalisten und Fernsehleute in der Erfüllung ihrer Berufspflicht durch die Polizei behindert worden seien, stand auch der da und dort erhobene Vorwurf zur Diskussion, ob die Presse durch eine allzu grosse Publizität zur Verschärfung des Klimas beigetragen und damit den Vorfällen Vorschub geleistet habe. Die Frage ist berechtigt. Sie röhrt an ein grundlegendes Dilemma unseres informationsfreudigen Zeitalters. Auf der einen Seite wird niemand bestreiten, dass in der Demokratie die Informationspflicht möglichst weit gefasst werden soll. Auf der anderen Seite ist unverkennbar, dass in diesem an sich legitimen Bestreben manchmal Ereignisse und Personen weit über Gebühr hochgespielt werden und damit im öffentlichen Bewusstsein ein unverhältnismässig hohes Gewicht erhalten.

Im vorliegenden Fall ist kaum zu bestreiten, dass einzelne redegewandte Exponenten einer militanten studentischen Minderheit seit Monaten ein ausserordentliches Mass an Publizität erhalten haben. Damit erschienen die eigentlichen Vorgänge an unseren Hochschulen in der Optik der Öffentlichkeit teilweise in völlig schiefen Proportionen. Darüber hinaus wurden diese Exponenten in einem Masse heroisiert, das weder ihnen selbst noch dem Anliegen der Hochschulen gut bekommen ist, ganz abgesehen davon, dass die Aussicht, auf dem Bildschirm zu erscheinen oder in Zeitungsartikeln «gewürdigt» zu werden, den Ehrgeiz mancher Demonstranten eher gestärkt als geschwächt haben dürfte. Es

ist deshalb zu begrüssen, dass der Zürcher Presseverein beschlossen hat, diese Probleme durch eine Kommission untersuchen zu lassen.

Wolken über dem schweizerischen Blätterwald

Presseprobleme boten in letzter Zeit auch sonst Anlass zu Schlagzeilen. In der vierten Woche der Junisession kam im Nationalrat die weitschichtige Frage der Pressekonzentration zur Sprache. In einem Land wie dem unsrigen, wo die politische Meinungsbildung auf breitester Basis erfolgt und wo vor allem auch das öffentliche Geschehen in den Gemeinden vom Bürger präzis registriert und überblickt werden will, bildet ein möglichst vielfältiger Blätterwald eine wesentliche Grundlage des staatlichen Lebens. Das auch hierzulande einsetzende Zeitungssterben ist daher ein staatspolitisches Problem ersten Ranges.

Mit seinem Postulat lud der Luzerner Redaktor und Nationalrat Dr. A. Müller den Bundesrat ein, zu prüfen, wie weit die Konzernbildung im Pressewesen die Meinungsfreiheit gefährde und was allenfalls von Staates wegen vorgekehrt werden müsse. Die Tatsache, dass Nationalrat Müller mit seinem Vorstosse heftigste Angriffe auf seine Person auslöste, ist ein Indiz dafür, dass er sich an ein heisses Eisen herangewagt hat. Der Bundesrat nahm das Postulat entgegen und kündigte gleichzeitig eine Untersuchung durch die Kartellkommission an. Es ist zu hoffen, dass dieses Gremium rasche Arbeit leisten kann. Darüber hinaus wäre es angebracht, wenn auch die Organisationen der Presse selbst sich eindringlich mit dem Problemkreis beschäftigen würden.

Führungsgespräche

Den Hauptakzent der zweiten Sessionshälfte bildete im übrigen die ausgedehnte Debatte über die Richtlinien für die Regierungspolitik, die der Bundesrat dem Parlament zur Kenntnisnahme vorgelegt hatte. Während dreier Tage wurde über die

Schwergewichte der künftigen Innen- und Aussenpolitik diskutiert. Der Widerhall in der Öffentlichkeit war unterschiedlich. Während verschiedene Kommentatoren von «Viel Lärm um nichts» sprachen, konnten andere der Marathondebatte mit ihren 50 Voten doch einiges mehr abgewinnen. Die unterschiedliche Beurteilung mag mit unterschiedlichen Kriterien der Bewertung zusammenhängen. Wer ein detailliertes Regierungsprogramm erwartet hatte, musste notgedrungen enttäuscht werden. Und wer anderseits darauf gehofft hatte, dass das Parlament dem Führungsanspruch des Bundesrates — die Regierung sprach der Volksvertretung ein verbindliches Mitspracherecht von vornherein ab — einen entschiedenen eigenen Führungswillen entgegengesetzt, der konnte ebenfalls nicht auf seine Rechnung kommen, weil die «Bundesratsfraktionen» weder willens noch in der Lage waren, eine entsprechende gemeinsame Anstrengung zu unternehmen.

Es bleibt indessen festzuhalten, dass das Unternehmen trotzdem seinen Sinn hatte. Zunächst einmal war es für die Landesregierung offensichtlich ein Anlass zur Selbstbesinnung. Der Bericht zeichnet sich denn auch durch ein klares formales Konzept aus. Man gewann zudem den Eindruck, dass der Bundesrat sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal seiner wahren Stärke erinnerte und wirklich als Kollegium auftrat und handelte. Wenn auch die Richtlinien ihrem Inhalte nach vielleicht nicht zu dem mancherorts verhofften Instrumente verstärkter Führung geworden sind, so haben sie doch zumindest einen psychologischen «Sekundäreffekt» gezeitigt, indem sich der Bundesrat auf seine politische Führungsrolle besonnen und diese gegenüber dem Parlament auch mit allem Nachdruck vertreten und verteidigt hat. An der Bundesversammlung wird es nun sein, ebenfalls eine entsprechende Kopfklärung vorzunehmen und sich wieder vermehrt auf *ihren* Anteil an der politischen Führung zu besinnen.

Die Jurafrage und die Eidgenossenschaft

Immer wieder ist in den letzten Jahren die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die Eidgenossenschaft als Vermittlerin in die Jurafrage eingreifen solle. Bei so versteiften Fronten hatte der Gedanke auf den ersten Blick einiges für sich. Indessen konnte kein Zweifel darüber bestehen, dass für eine rechtsverbindliche Einmischung des Bundesrates in solchen Fällen keinerlei verfassungsmässige Handhabe besteht. Nun war in diesem Frühsommer aus separatistischen Kreisen an die Landesregierung erneut das Begehr auf Intervention gestellt worden. Zuvor schon hatte die bernische Regierung Schritte unternommen, um im Bundeshaus Rückhalt für eine konstruktive Jurapolitik zu suchen.

Der Bundesrat befasste sich darauf wiederholt mit dem leidigen Problem und kam schliesslich zu einem Ergebnis, das als glücklich bezeichnet werden darf. Er bot nämlich dem Kanton Bern seine Guten Dienste an, um geeignete Persönlichkeiten für eine Expertengruppe ausfindig zu machen, welche die Möglichkeiten einer Abklärung des wirklichen Willens des jurassischen Volkes zu prüfen hat. Mit den Altbundesräten Petitpierre und Wahlen sowie den Nationalräten Gruber und Broger hat er sicherlich eine gute Wahl getroffen.

Man wird angesichts dieser Entwicklung der Regierung des Kantons Bern zu gute halten dürfen, dass sie in letzter Zeit wirklich alles getan hat, um das ihre zu einer Entspannung beizutragen. Erst auf dieser Basis war es dem Bundesrat möglich, sich in angemessener Form einzuschalten. Es bleibt zu hoffen, dass die Expertengruppe nun auch bei den Separatisten jenes Mindestmass an Verständigungsbereitschaft antreffen wird, das bisher zumindest die Extremisten unter ihnen haben vermisst lassen, ohne das aber eine vernünftige Lösung des Problems ganz einfach unmöglich ist.

Spectator

WIRTSCHAFTLICHE HINWEISE

Ein Querschnitt durch Periodika

Internationale Währungsprobleme

Es ist heute nicht leicht, im Dickicht der internationalen Währungsdiskussion zu erkennen, worauf es schliesslich ankommt. Deshalb ist es verdienstlich, dass der *Schweizerische Bankverein* im *Bulletin* Nr. 2/1968 einen knappen Überblick seines Wirtschaftsberaters, Franz Aschinger, publiziert, in dem die grossen Linien der Probleme gezeichnet und mit kritischem Blick die Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Hier soll bloss auf zwei Aspekte des «Die Zukunft des Dollars und des Goldes» betitelten Artikels näher hingewiesen werden: auf die einander diametral entgegengesetzten Fragen der Goldpreiserhöhung und der Demonetisierung des Goldes.

Währungsfachleute sind sich seit langem einig, dass das Gold keine notwendige Funktion in der internationalen Währungsordnung hat. Doch dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine de facto-Position äusserst stark ist, dass die Währungsreserven der Zentralbanken global noch immer zum grösseren Teil aus Gold bestehen. Gleichwohl scheint eine Demonetisierung dann nicht ausgeschlossen, wenn als Folge eines weiteren Anhaltens des Defizits in der amerikanischen Zahlungsbilanz der Dollar massiv unter Druck kommt und die Dollarguthaben der ausseramerikanischen Notenbanken überwiegend in Gold eingetauscht werden, wodurch der Goldbestand der USA dahinschwände. Dann könnte sich die amerikanische Regierung veranlasst sehen, die feste Relation zwischen dem Dollar und dem Gold zu lösen, was ein entscheidender Schritt zur Demonetisierung des Goldes, das heisst der Sistierung seiner Funktion als Währungsgrundlage bedeuten würde.

Es liegt auf der Hand, dass eine unter solchen Bedingungen zustandegekommene Demonetisierung des Goldes für die internationalen Währungsverhältnisse mehr neue

Probleme schaffen als alte lösen würde. Deshalb wurden «selbst unter den Gegnern einer Goldpreisaufwertung» — zu denen bisher auch Aschinger gehörte — «verschiedentlich Stimmen laut..., die eine Heraufsetzung des Goldpreises als das geringere Übel ansehen» (S. 29). Allerdings sind mit einer Goldpreiserhöhung ganz spezifische Gefahren und Nachteile, wie etwa die Schaffung eines grossen Inflationspotentials, verbunden, die zumal dann, wenn es sich um einen einseitigen Akt handelt, nicht auf ein zuträgliches Mass beschränkt werden können.

Jedenfalls zeigt sich eines mit aller Deutlichkeit: Sowohl die Demonetisierung des Goldes wie eine Goldpreiserhöhung sind unter den heutigen Bedingungen, falls sie sich ereignen, nicht Ausdruck eines planvollen Handelns, sondern blosse Notmassnahmen für die internationale Währungsordnung. Darin zeigt sich das Interesse, das die Welt als Ganzes an der endgültigen Sanierung der amerikanischen Zahlungsbilanz haben muss, damit der Dollar seine führende Stellung im internationalen Währungssystem zurückgewinnen kann. Ob dann am Schluss der Entwicklung — in sehr langer Frist — nicht gleichwohl die Demonetisierung des Goldes stehen würde, kann dahingestellt bleiben. Die Ergänzung der Goldreserven durch andere Reservemedien, wie sie im Rahmen des Internationalen Währungsfonds jetzt vorgesehen sind (sogenannte Sonderziehungsrechte), weist grundsätzlich in diese Richtung.

Einen Schritt in Neuland unternimmt Hans Bachmann mit seinem Vorschlag zur Bildung einer Europäischen Währungsunion, der in Form einer Skizze in der *Aussenwirtschaft*, März 1968, steht («A European Monetary Union as a Next Step in the Process of European Unification»). Ob die Zeit für die Diskussion solcher Pläne schon reif ist? Der Autor weist selbst darauf hin, dass die Verwirklichung eines sol-

chen Planes ein anhaltendes aussenwirtschaftliches Gleichgewicht aller Mitgliedstaaten voraussetzt und Bestandteil einer «hochkoordinierten» Konjunkturpolitik sein müsse — Bedingungen, die heute und in absehbarer Zukunft indessen kaum gewährleistet sind. Hierbei handelt es sich wohl um notwendige, keineswegs aber um ausreichende Bedingungen für das Funktionieren einer Währungsunion. Illusionslos weist denn auch Leonhard Gleske (*Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*, Juni, S. 490, 478) auf die viel weiter gehenden Voraussetzungen hin: unveränderliche Währungsparitäten und Verzicht der Mitglieder auf eigenständige Wirtschaftspolitik als die wichtigsten. Es handelt sich offensichtlich um eine «über den eigentlich währungspolitischen Bereich weit hinausgreifende politische Entscheidung». Die Folgerung ist unausweichlich: Eine Währungsunion (oder gar eine europäische Einheitswährung) kann nur der Schlussstein und nicht ein Zwischenglied der Integration sein.

Landwirtschaft

In der *Agrarpolitischen Revue* (Mai/Juni 1968) wendet sich W. Bäggli in einem wenig überzeugenden Artikel «Gefährliche Illusionen über die sanierende Wirkung der landwirtschaftlichen Strukturpolitik» gegen die Auffassung, dass die künftige Entwicklung im Agrarsektor durch eine zahlenmässige Reduktion der landwirtschaftlichen Betriebe und durch eine Erhöhung der Betriebsgrösse geprägt sein müsse. Einige recht massive Vorurteile führen ihn zum Ergebnis: «Die zahlenmässig schon stark geschwundenen landwirtschaftlichen Betriebsstätten dürfen und müssen in ihrem heutigen Bestand erhalten werden» (S. 197).

Demgegenüber weist Josua Werner in seinem Aufsatz «Die Stellung der Landwirtschaft im Rahmen der Gesamtwirtschaft» (*Wirtschaftspolitische Mitteilungen* der Wirtschaftsförderung, April 1968) nach, dass die Möglichkeiten zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommen

weder über eine Vergrösserung der Produktionsmengen noch des inländischen Marktanteils zulasten des Imports oder einer Erhöhung der Agrarpreise möglich ist, sondern einzig durch die Ausschöpfung vorhandener Rationalisierungsreserven. Und dies bedeutet vor allem eine Vergrösserung der Betriebseinheit, da noch zahlreiche Betriebe weit von der optimalen Betriebsgrösse entfernt seien. Mit andern Worten: «Die von der Nachfrageseite her aufnehmbaren Produktionsmengen müssen auf weniger Betriebe verteilt werden» (S. 7). Seine grundsätzliche Haltung formuliert der Autor deutlich: «Wenn die Landwirtschaft schon den Anspruch auf ein zu andern Wirtschaftszweigen paritätisches Einkommen erhebt, so muss sie im Prinzip auch gewillt sein, sich der gleich rationellen, dynamisch geprägten Produktionsweise zu unterziehen, wie sie in diesen andern Wirtschaftszweigen anzutreffen ist» (S. 8). Dabei müsse es allerdings eine wichtige Aufgabe der staatlichen Agrarpolitik sein, den Prozess des Strukturwandels so zu lenken, «dass eine regional, sozial und auch wirtschaftlich ausgewogene Agrarstruktur resultiert» (S. 8). Zu diesem letztern Punkt hätte man sich freilich einige über blosse Andeutungen hinausgehende Erläuterungen gewünscht.

Wie stellt sich die Landwirtschaft im Falle eines Beitritts der Schweiz zur EWG? Die Frage mag nicht aktuell erscheinen — und doch ist es unerlässlich, dass man sich über die Auswirkungen eines solchen Schrittes Gedanken macht. In einer früheren Ausgabe der *Aussenwirtschaft* hatten Hans Christoph Binswanger und Walter Brodmann dargelegt, dass der Einkommensverlust im Agrarsektor in der Grössenordnung von 800 Mio liegen würde. Im März-Heft der gleichen Zeitschrift führen sie nun erfreulicherweise die Analyse weiter und behandeln «Die Auswirkungen eines schweizerischen EWG-Beitritts auf Produzenten, Konsumenten und Staatshaushalt im Agrarsektor der schweizerischen Volkswirtschaft». Welches sind die Ergebnisse ihrer Rechnungen und Schätzungen?

Unter der Voraussetzung eines Beitritts gemeinsam mit den übrigen EFTA-Ländern stehen dem erwähnten Einkommensverlust der Landwirtschaft anderseits Gewinne der Konsumenten in Höhe von 340 Mio und des Staatshaushalts von 90 Mio gegenüber. Rechnet man die Posten gegeneinander auf, so resultiert für die gesamte Volkswirtschaft ein Verlust von rund 370 Mio Franken. Dieses negative Ergebnis ist nicht zuletzt eine Folge unseres vergleichsweise hohen Agrarpreisniveaus. Anderseits ist zu beachten, dass die Ziffern nicht mehr geben können als gewisse Anhaltspunkte, denn solche Untersuchungen müssen ja von den bestehenden Produktions- und Aussenhandelsverhältnissen ausgehen und können nicht auch die Wandlungen berücksichtigen, die im Falle eines Beitritts in den Produktionsgrundlagen und den Aussenbeziehungen im Agrarsektor ausgelöst werden dürften. Gleichwohl ist ihr Informationswert beträchtlich.

Das Image des Unternehmers

Die immer sehr lesenswerte Halbmonatszeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände *Der Arbeitgeber* unternimmt in ihrer Nummer vom 20. Juni den Versuch, das «Image» zu erforschen, das man sich in den verschiedenen Bevölkerungskreisen in der Bundesrepublik vom Unternehmer macht. Wie notwendig ein solches Unterfangen ist, zeigt sich in verschiedenen Beiträgen, in denen der Unternehmerschaft, beziehungsweise dem Managerium vorgeworfen wird, dass die leitenden Männer der Wirtschaft sich selbst nicht genügend zu erkennen gäben, dass sie zu wenig um eine Selbstdarstellung des Unternehmers bemüht seien. In über zwanzig Beiträgen äussern sich Angehörige der verschiedensten Bevölkerungs- und Berufsschichten zur Frage, welches Bild sie sich vom Unternehmer machen. Gewiss bringt eine solche, wenn auch differenzierte, so doch zahlenmäßig recht enge Auswahl von Meinungen kein abschliessendes Ergebnis. Immerhin decken sich die Auffassungen verschiedener

Autoren in manchen Punkten. Zu diesen gehört vor allem der Vorwurf der politischen Abstinenz.

Dazu einige Beispiele:

«Überaus tüchtig in seinem engeren Lebenskreis fehlt dem deutschen Unternehmertum der Wille, auch im gesellschaftspolitischen Raum das Seine zu tun, im politischen Raum zu wirken, das persönliche Engagement...» (Ein Arbeitsdirektor, S. 302).

«Zwar erkennen die Unternehmer sehr genau, dass sie sich ihren Lebensraum nur in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung erhalten können... Aber sie fürchten sich vor einer echten politischen Entscheidung, die allein in der Lage ist, ihnen diesen freiheitlichen Wirtschaftsraum zu erhalten» (Ein Arbeitsrichter, S. 308).

«Welcher sozialen Herkunft immer, der Manager hat mit dem bürgerlichen Stil der Lebensführung im allgemeinen auch die bürgerlichen Voreingenommenheiten in sich aufgesogen und verhält sich dementsprechend. Das aber bedeutet, dass er die Wirtschaft ansieht als im Kerne unpolitisch, so sehr der Augenschein auch das Gegen teil bezeugt. Es ist erstaunlich, aber es ist so: Der heutige Manager ist sich der politischen Bedeutung seiner Entscheidungen nicht bewusst, jedenfalls nicht in dem Masse bewusst, dass er auf die konkrete Politik Einfluss zu nehmen suchte...» (Ein Soziologe, S. 341).

Es ist bedauerlich, schreibt ein Politiker, «dass viele Unternehmer in der politischen Abstinenz verharren oder nur in konkreten Interessenlagen politisch einzugreifen versuchen. Viele Unternehmer sind reine Opportunisten in der Politik, sie hängen ihren Mantel nach dem Wind. Der Unternehmer fördert sein Unternehmen nicht allein durch eine wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit, er muss auch zur Stelle sein, wenn auf dem Markt öffentlicher Bewusstseinsbildung über die weitere Entwicklung unserer gesellschaftlichen Ordnung diskutiert und vorentschieden wird» (S. 334).

Zum Aufsehen mahnt das Resultat einer schriftlichen Umfrage in neun

Gymnasialklassen, wobei vorwiegend bei den 18- bis 20jährigen folgende Stichworte besonders häufig wiederkehren: «Bonzen, rauchen dicke Zigarren und kümmern sich nicht um ihren Betrieb, haben keine Ahnung von dem, was im Betrieb geschieht; lassen sich von ihren Sekretärinnen bedienen; haben ein schlechtes Familienleben; Playboys; geldgierige Grossverdiener, die nur in die eigenen Taschen arbeiten; denken nicht an den armen geplagten Mann an der Werkbank; Ausbeuter; Parasiten; Verbrecher und vieles mehr» (Mitteilung eines Pädagogen, S. 325).

Hier scheint in extremer Weise das zutreffen, was ein Intellektueller schreibt (S. 319/20), nämlich dass die meisten Leute «ein von der Wirklichkeit unberührtes und

von den sogenannten Massenmedien völlig verzeichnetes Unternehmerbild haben». Nur die Unternehmer selbst könnten dieses negative Bild in der Öffentlichkeit ändern. Wer weiss zum Beispiel, «dass jeder 10. Unternehmer auf örtlicher und bezirklicher Ebene im Sinne des Gemeinwohls verantwortlich mitarbeitet und die meisten Unternehmer mehrere Ehrenämter in der Gesellschaft haben»? Allein — selbst der Redaktion eben dieser Zeitschrift, nämlich jener der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, ist es nicht gelungen, einen Unternehmer zu gewinnen, der es unternommen hätte, im Rahmen dieser Enquête eine Selbstdarstellung zu versuchen.

Rudolf Frei

Zusammenarbeit und Solidarität zwischen freien Bürgern sind in der modernen Welt noch notwendiger als früher. Eine Tendenz zu ungesunder Zentralisierung hat jedoch zu einem Verlust der Autorität der parlamentarischen Institutionen geführt sowie zu einer exzessiven Abhängigkeit des Einzelnen vom Staat, zum Entstehen neuer Formen des Absolutismus und unverantwortlicher Machtzentren durch unkontrolliertes Anwachsen der Bürokratien, zur Bildung staatlicher und privater Monopole und zur freiheitsbeschränkenden Exklusivität gewisser Zusammenschlüsse von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern oder beider zusammen.

Aus der Liberalen Erklärung von Oxford, 1967.